

**Forschungsseminar: Amerikanisierung der Welt:
Vorbild und Feindbild?**

Dr^a. Eva Kreisky

WS 2004/ 05

Forschungsbericht:

**USA als erste moderne
Massengesellschaft,
(Individualismus, Gleichheit,
Freiheit);
Amerikanisierung als
Schlüsselbegriff moderner
Demokratien**

Matthias Falter

0007720

Judith Goetz

0160228

Mag. Daniel Hausknost

9406969

Oliver Posch

0106351

Sonja Weisgram

9500337

Inhaltsverzeichnis:

<u>Thema</u>	<u>Seite</u>
<u>Titelseite</u>	1
<u>Inhaltsverzeichnis</u>	2
<u>1. Individualismus, die amerikanische Gesellschaft und Kritik an der bürgerlichen Ideologie</u>	3
1.1 Individualismus und die amerikanische Revolution	3
1.2 Hannah Arendt über die Amerikanische Revolution	4
1.3 Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft	6
1.4 Résumé	7
<u>2. Die US-Demokratie als pragmatische Vermittlerin zwischen Gleichheit, Freiheit und Individualismus</u>	9
2.1 Die Demokratie in den USA ist historisch „gewachsen“	9
2.2 Alexis de Tocqueville: Die Demokratie zwischen Gleichheit und Freiheit	10
2.3 Der Pragmatismus als originär US-amerikanische Denktradition	12
<u>3. Amerika als europäische Gegenwelt</u>	14
3.1 Tocqueville und die Demokratie in Amerika	14
3.2 Das Paradigma der USA	16
3.3 Die Neue Welt als Projektionsfläche	17
<u>4. Anti- US- amerikanische Haltung als Konsequenz antimoderner Haltungen</u>	19
4.1 Einleitung: Anti- US- Amerikanismus und Moderne	19
4.2 Massengesellschaft als Konstrukt der Moderne	20
4.3 Antimoderne Haltungen im Antiamerikanismus	21
4.4 Wahrnehmung der Massengesellschaft heute	23
<u>5. Deutschland nach Beendigung des II. Weltkrieges</u>	24
<u>6. Bibliographie</u>	27
6.1 Literaturangaben	27
6.2 Internetquellen	29

1. Individualismus, die amerikanische Gesellschaft und Kritik an der bürgerlichen Ideologie

1.1 Individualismus und die amerikanische Revolution

Ein Individuum ist etwas Unteilbares. Ähnlich der Atomtheorie des griechischen Philosophen Demokrit, die besagt, dass alles in der Welt aus unendlich kleinen und nicht teilbaren Einheiten, den sogenannten Atomen, besteht, so konstituieren sich alle Formen von Gesellschaft aus Individuen, sind sozusagen Konglomerate verschiedener Individuen.¹ Diese einzelnen Individuen werden in der politischen Philosophie der Aufklärung zu Subjekten, die bewusst erkennen und eigenständig handeln. Das Maß der Individualität wird von der Verfasstheit der jeweiligen Gesellschaft bedingt, d.h. am Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft als Gemeinschaft lässt sich der vorhandene oder eben nicht vorhandene Individualismus, d.h. die Stärkung der Rechte der einzelnen Gesellschaftsmitglieder im Verhältnis zum Kollektiv, ableiten.

Nun sind hier zwei Punkte vorab noch zu klären, die mir wichtig scheinen. Einerseits stößt Individualität permanent an ihre Grenzen, wenn es darum geht, gesellschaftlichen Zwängen und Strukturen entgegen zu treten², andererseits handeln Individuen aufgrund dieser Grenzen, die im Laufe der Zeit internalisiert wurden, zwar eigenständig, doch nicht „aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx 1951, S.226).

Die amerikanische Revolution war jene Revolution, die dem Individuum einen größeren Stellenwert einräumte als die zeitgenössischen, meist monarchistischen europäischen Gesellschaften oder auch die Französische Revolution, deren Ideen Hannah Arendt zufolge dem „Diktat der Notwendigkeit“ zum Opfer fielen (Arendt 2000, S.74). Die von Thomas Jefferson entworfene und nur in wenigen Punkten³ geänderte Unabhängigkeitserklärung vom 4.Juli 1776 beruft sich auf das Naturrecht als überpositives Recht, das unabhängig menschlichen Handelns gilt und daher Menschen anderen Menschen nicht absprechen können. Neben dem Naturrecht (*Laws of Nature*) als transzendente Instanz verweist die Deklaration auch auf Gott

¹ Dies ist natürlich sehr eindimensional formuliert. Eine Gesellschaft ist immer mehr als nur die Summe ihrer einzelnen Teile, ist Adorno folgend also weder bloß die Agglomeration zwischen den Individuen, noch ein „den Individuen gegenüber absolut Selbständiges, sondern er [der Begriff der Gesellschaft; mf] hat in sich selber immer gleichzeitig diese beiden Momente“ (Adorno 2003, S.69).

² Als Beispiel sei an dieser Stelle nur die Sozialgesetzgebung erwähnt, die sowohl im fordistischen Wohlfahrtsstaat als auch im postfordistischen workfare-System die Bereitschaft zur Lohnarbeit zur Bedingung für den Erhalt von Sozialleistungen macht.

³ So wurde z.B. die Kritik an der Sklaverei durch Jefferson, der selbst Sklaven hatte, aus seinem Entwurf herausgestrichen (Heideking 2003, S.41).

als zweite transzendente Quelle, der alle Menschen, die gleich geschaffen sind, auch mit jenen unveräußerlichen Rechten ausgestattet habe. Diese unveräußerlichen Rechte sind das Recht auf Leben, auf Freiheit und anstelle des von John Locke propagierten Rechts auf Eigentum, das Recht auf individuelles Streben nach Glück (*pursuit of happiness*) (Heideking 2003, S.41). Aufgabe der Regierung ist es, diese wie schon erwähnt unveräußerlichen Rechte zu schützen und den Bürgern⁴ Sicherheit und individuelles Glücksstreben zu ermöglichen. Wird der Staat bzw. dessen Regierung dieser Bestimmung nicht mehr gerecht, dann, so Jefferson, sei es das Recht des Volkes, dies zu ändern und eine neue Regierung zu konstituieren.⁵ Anschließend an die Festsetzung des Widerstandsrechtes folgt die Begründung, warum die englische Krone in Person von George III. den Herrschaftsvertrag gebrochen habe und sich so zum Tyrannen gewandelt habe, dessen Sturz die Pflicht der Regierten sei. Abgeschlossen wird die *Declaration of Independence of the Thirteen Colonies* mit der Bekanntgabe der Loslösung von Großbritannien und der Souveränität der Vereinigten Staaten. 1791 wurde schließlich mit den *Bill of Rights* bezeichneten ersten zehn Verfassungszusätzen (*amendments*) eine Grundrechtserklärung verabschiedet, die so zentrale Punkte wie die Rede- und Pressefreiheit oder die Unverletzlichkeit von Person, Haus und Besitz festsetzte (Fenske et al. 2000, S.375).

1.2 Hannah Arendt über die Amerikanische Revolution

Hannah Arendt räumt der Amerikanischen Revolution deswegen einen so hohen Stellenwert ein, weil es sich dabei um eine vorwiegend politisch motivierte Revolution handelt und weniger um eine soziale Revolution, wie z.B. die Französische Revolution. Es ging daher weniger um die soziale Frage und die damit verbundenen negativen Freiheit, wie z.B. Freiheit von Hunger, Armut und Not, sondern in erster Linie um positive Freiheit, die Freiheit zu handeln. So konstatiert Arendt das Scheitern der Französischen Revolution ebenso wie der Russischen Revolution, da hier angesichts materieller Sachzwänge autonomes und selbstbewusstes menschliches Handeln in den unreflektierten Vollzug vorgegeblicher

⁴ Ich verzichte hier bewusst auf geschlechtsneutrale Schreibweise, da das Konzept der amerikanischen Gesellschaft dem bürgerlichen Gesellschaftskonzept (fast) nur Männer in Status eines Rechtssubjektes hob. So waren z. Teil zwar unverheiratete Frauen wahlberechtigt, verheiratete Frauen jedoch von politischer Partizipation im Sinne von gesetzlich gesicherte Mitbestimmung ausgeschlossen (Heideking 2003, S.99). Erste Ansätze der Frauenbewegung formierten sich parallel bzw. gemeinsam mit der Bewegung gegen die Sklaverei. Erst 1920 wurde mit dem 19. Amendment das Frauenwahlrecht bundesweit durchgesetzt.

⁵ Dieser Punkt wird auch bei Hannah Arendt von Bedeutung sein, da es ihr zufolge der Wille zur Freiheit ist, der zur Konstitution einer Republik führt und, dass nur dann von Revolution gesprochen werden könne, wenn dieser „Pathos des Neubeginns“ vorherrscht und ein Neuanfang gemacht wird (Arendt 2000, S.41). Arendt bezieht sich in diesem Punkt sehr stark auf Jefferson (ebd., S.39).

geschichtlicher Notwendigkeiten umschlägt. Revolutionäre werden so zu „Vollstreckern der Geschichte“ und freies selbstbestimmtes Handeln erscheint angesichts des „Diktats der Notwendigkeit als „kleinbürgerliches Vorurteil“ (Arendt 2000, S.10):

Wo noch eben, in den glücklichen Tagen der Aufklärung, nichts zwischen dem Menschen und seiner Freiheit des Handelns zu stehen schien als die despotische Macht der Monarchen, hatte sich plötzlich eine ungleich mächtigere Macht gemeldet, welche mit Menschen nach Belieben zu schalten und walten schien und vor der es kein Entkommen gab, weil ihr gegenüber Rebellion wie Flucht versagten. Die Macht der Geschichte und der historischen Notwendigkeit war auf dem Schauplatz der Politik erschienen, wo sie sofort alles und alle in ihren Bann schlug. (Ebd., S.63)

All dies spielte bei der Amerikanischen Revolution keine große Rolle, da Amerika schon als Kolonie aufgrund des relativen Wohlstandes für die Alte Welt und vor allem deren unterer Bevölkerungsschichten gewissermaßen qua Existenz ein Beweis für die Möglichkeit einer Welt ohne Armut und Elend war. Es war nicht nur von Befreiung von Unterdrückung die Rede, sondern es ging um eine Neugründung einer Gesellschaftsform, in deren Mittelpunkt zumindest zu Zeiten der Revolution die Freiheit des Handelns, sich politisch zu betätigen, gestanden ist. Was hier Hannah Arendt folgend in den Vordergrund rückte, „war die Erfahrung des In-Freiheit-Handelns“ (Ebd., S.40). Für die einzelnen Individuen ist diese Freiheit des Handelns das Recht, „in den öffentlich-politischen Raum zugelassen zu werden als ‚Teilnehmer an öffentlichen Angelegenheiten‘“ (ebd., S.170) fakultativ, d.h. nur weil es für viele mit Glück verbunden ist, öffentlich zu handeln, muss dies nicht für alle gelten. Es besteht daher auch das Recht, sich nicht daran zu beteiligen. Ergo obliegt die Entscheidung immer dem jeweiligen Individuum.

Arendt weist in ihrem Buch „Über die Revolution“ immer wieder auf den Stellenwert des Individualismus in der amerikanischen Gesellschaft hin, der durch diese Formel des „Verfolg des Glücks“ schon in der Unabhängigkeitserklärung niedergeschrieben worden ist. Für Arendt hat dieser Begriff, der „zwar den Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Glück verwischt, aber dabei den Begriff von einem öffentlichen Glück nicht einfach aufgegeben hat“ (ebd.), eine doppelte Bedeutung. Einerseits meint er das Recht, „ungehindert von staatlichen Eingriffen die eigene private Wohlfahrt zu verfolgen“ (ebd.) und andererseits das schon erwähnte Recht öffentlich zu handeln. Denn Freiheit ist nicht verwirklicht, wenn das Recht auf aktive Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten den Bürgern nicht garantiert ist“ (ebd., S.281).

Arendt stellt jedoch auch fest, dass von diesem Revolutionären Geist wenig übriggeblieben zu sein scheint, es kam einerseits zu einem Verschwinden des revolutionären Denkens, d.h. der

Gründungsakt, die Erfahrung des In-Freiheit-Handelns, jener „Pathos des Neubeginns“ war nur für die Gründergeneration möglich, denn nach der Etablierung der Republik und ihrer neugegründeten Institutionen verschwindet Arendt zufolge revolutionäres Denken, das das Erreichte selbst permanent in Frage stellen würde (ebd., S.299). Andererseits verlagerte sich der Akzent von der öffentlichen Freiheit in die private Sphäre (ebd., S.174). Arendt kommentiert dies wie folgt:

All dies und wahrscheinlich sehr viel mehr ging verloren, als der Geist der Revolution – dieser neue Geist, der zugleich der Geist des Neubeginns ist – die ihm angemessene Institution nicht fand. (ebd., S.360)

Hannah Arendt konstatiert daher auch der Amerikanischen Revolution, die sie im Gegensatz zur Französischen Revolution für bedeutender und erfolgreicher hält – so spricht sie davon, dass die auf Montesquieu zurückgehende Idee der Gewaltentrennung in den USA konsequenter umgesetzt wurde als in Europa (ebd., S.27) – , eine zumindest tendenzielle Niederlage.

1.3 Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft

Die US-amerikanische Gesellschaft ist also die erste Gesellschaft, die dem individuellen Glück Verfassungsrang einräumt, Leben also nicht als vorherbestimmt und schicksalsbedingt definiert, sondern die Utopie vom individuellen Glück in die Realität tendenziell umzusetzen versucht. Nun ist dies Bezugnahme auf die individuelle Freiheit, die für viele Länder Vorbildwirkung hatte, allerdings eine sehr ambivalente.

Einerseits ist der Bezug auf den Verfolg des Glücks der Verweis auf die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens, der Bewahrung der Utopie einer Gesellschaftsform, die Marx als den „Verein freier Menschen“ bezeichnete, und schon dadurch revolutionär, da er im Widerspruch zur christlich-abendländischen Ideologie des sich Unterordnens und sich in ein Weltbild Einfügens. Diese bürgerlicher Konzeption von Gesellschaft stand und steht noch immer im Widerspruch zu kollektivistischen, antiindividualistischen Gesellschaftsformen, wie z.B. völkisch motivierter Nationalismus, wobei das Volk als organischer Körper gesehen wird, dem sich die einzelnen Gesellschaftsmitglieder bedingungslos unterwerfen müssen, oder Formen religiöser Formen von Herrschaft.⁶ Dieser Bezugnahme auf die individuelle Freiheit und deren verfassungsrechtlicher Garantie sind sozusagen ein revolutionärer, subversiver und

⁶ Als Beispiele seien hier nur die totalitär-feudalistische Herrschaftsstrukturen im Tibet unter der Herrschaft des Dalai Lama oder das Gesellschaftskonzept islamistischer Prägung.

aufklärerischer Keim immanent, der vielen als Gotteslästerung bzw. Verrat am Volk erscheinen musste und noch immer muss.

Andererseits blamiert sich diese Garantie der individuellen Freiheit in einer bürgerlichen Gesellschaft schon bei oberflächlichem Hinsehen. Es ist offensichtlich, dass diese abstrakte individuelle Freiheit nicht nur dann an ihre real-konkreten Grenzen stößt, wenn diese dem Zwang der Wertverwertung, der kapitalistischen Produktion und Reproduktion, gegenüber steht. Zusätzlich bleibt vielen Menschen aufgrund gesellschaftlicher Phänomene wie Antisemitismus, Rassismus und Sexismus die Verwirklichung ihrer Träume innerhalb dieser Gesellschaft, wie immer auch diese Träume aussehen mögen, verwehrt bleibt. Der Traum des Aufstiegs von der Tellerwäscherin zur Millionärin, vom Tellerwäscher zum Millionär bzw. vom mittellosen Fitnesstrainer zum Gouverneur erweist sich zumeist als Seifenblase, nach deren Zerplatzen nur noch der Alptraum der Realität bleibt, nämlich sich als TellerwäscherIn oder eben als drittklassiger Fitnesstrainer durchs Leben zu schlagen.

Das Programm der Aufklärung, nämlich die Zerstörung irrationaler Denkmuster und Mythen und die Durchsetzung der Vernunft, ist, wie Adorno und Horkheimer dies in der Dialektik der Aufklärung darstellen, selbst in einen Mythos umgeschlagen, dem der bürgerlichen Ideologie. Die Durchsetzung der bürgerlichen Idee im Zuge der Aufklärung „wandelt im Dienst der Gegenwart [...] sich zum totalen Betrug der Massen um“ (Horkheimer/Adorno 2001, S.49) Bürgerliche Vernunft gibt ihre Irrationalität endgültig preis, ohne sich nicht jedoch vorher in einer nicht gekannten Totalität durchgesetzt zu haben. Herbert Marcuse spricht davon, dass die „Gewalt des Fortschritts [...] Vernunft in Unterdrückung“ unter die gesellschaftlichen Verhältnisse verwandelt (Marcuse 2004, S.31). Die gesellschaftlich bedingte Rationalität, die nur in eine warenproduzierenden und –tauschenden Gesellschaft rational erscheint, bringt so ihre ganze Irrationalität zur Geltung.

4. Resumé

Um nun wieder auf den Individualismus zurückzukommen, die bürgerliche Gesellschaft, sowohl die amerikanische als auch die europäische und im Grunde die globalisierte, ist nicht dafür zu kritisieren, dass sie Individualität in einem gewissen Maße qua Rechtsordnung installiert hat, sondern „dass diese Individualität als vom Kapital konstituierte lediglich ein Anhängsel der Wertverwertung darstellt“ (Gruber/Ofenbauer 2003, S.21). Individualität ist in diesem Zusammenhang nicht unbedingt nur im Sinne von Autonomie zu verstehen, sondern auch als notwendiges Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung. Es geht daher nicht einfach

um die Aufhebung dieser gesellschaftlichen Verfasstheit um der Abschaffung willen, sondern um eine positive Aufhebung im Sinne von Emanzipation. Denn, so Johannes Agnoli, „es gibt Angriffe auf die konstituierte Ordnung, die nicht die Freiheit, sondern nur eine andere, noch ordentlichere Ordnung“ (Agnoli 1999, S.14).

2. Die US-Demokratie als pragmatische Vermittlerin zwischen Gleichheit, Freiheit und Individualismus

2.1 Die Demokratie in den USA ist historisch „gewachsen“

Obwohl die Demokratie in den USA zu einem sehr frühen Zeitpunkt Einzug hielt, wäre es doch unrichtig zu behaupten, die Vereinigten Staaten wären seit Ihrer Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1776 demokratisch verfasst gewesen. Die Bundesverfassung überließ den 13 Einzelstaaten die Ausgestaltung ihres Wahlrechts, und diese unterwarfen die Wahlordnungen restriktiven Einschränkungen. Meist durften nur weiße Männer wählen, und diese auch nur, wenn sie über Grund und Boden verfügten oder Geldmittel besaßen. Auch in Hinblick auf die Gewaltenteilung waren die USA von Beginn an zwar ein liberaler, aber kein demokratischer Staat (Fenske et al. 1987, 408).

Erst als die Bevölkerungsdichte aufgrund der hohen Zuwanderung so stark gestiegen war, dass die USA ihr Siedlungsgebiet über die Appalachen in den Westen ausbreiteten, entstand in den neu besiedelten Gebieten des Mittleren Westens eine egalitäre Gesellschaftsstruktur, in der es keine alten Pflanzeraristokratien und Baumwolloligarchien gab. Hier bildete sich in den 1820er Jahren die „Brutstätte“ einer Demokratisierungswelle, die wenig später, nach ihrem wichtigsten Führer Andrew Jackson benannt, als „Jacksonian Revolution“ die gesamten USA überrollen sollte (Fenske et al. 1987, 408).

Andrew Jackson (1767-1845), von 1828 bis 1836 Präsident der USA, war maßgeblich für die Demokratisierung des US-Wahlrechts und der staatlichen Institutionen verantwortlich. Unter seiner Ägide wurde die Demokratische Partei gegründet, deren Herrschaft über Jacksons Amtszeit hinaus bis zum Ende der 40er Jahre andauerte. Zu den Demokratisierungsmaßnahmen Jacksons zählten die Einführung der Direktwahl bis auf Bezirksebene und auf Richterebene, die Demokratisierung des aktiven und passiven Wahlrechts und die Verankerung der Rechtsgleichheit vor dem Staat (Fenske et al. 1987, 409).

Diese amerikanische Demokratie, die damals ihre noch heute charakteristische Gestalt annahm, entstand nicht aus philosophischen Abhandlungen und metaphysischer Deduktion, sondern als Resultat pragmatischer politischer Prozesse, als das Werk von politischen Praktikern.

Und es war genau jenes Amerika des demokratischen Aufbruchs unter Jackson, das Alexis de Tocqueville besuchte und von dem er in seiner berühmten und noch aus heutiger Sicht erstaunlich ausgewogenen Analyse der Demokratie in Amerika berichtete.

2.2 Alexis de Tocqueville: Die Demokratie zwischen Gleichheit und Freiheit

Tocqueville war von der amerikanischen Demokratie und ihrem ausgeprägten Gleichheitsstreben zugleich fasziniert und geängstigt. Er sah die Demokratie in einer gefahrvollen Spannung zwischen Gleichheit und Freiheit, stets gefährdet, von einer der beiden Seiten vereinnahmt und ausgelöscht zu werden. Die exzessive Form der Gleichheit ist die Tyrannei der Massen, eine geist- und gesichtslose Öffentlichkeit, die sich aus der Masse der vereinzelt Individuen zusammensetzt. Gegen die Gefahren der Gleichheit hilft, so Tocqueville, nur ein wirksames Mittel: die politische Freiheit (Tocqueville 1835, 247). Neben der Presse- und der Meinungsfreiheit betont er auch die Wichtigkeit „lokaler Freiheiten“, wie die Wahl verschiedener öffentlicher Ämter und die Öffnung verschiedener gemeinschaftlicher Betätigungsfelder im lokalen Rahmen, die die Menschen zur Gemeinschaft führen und sie ständig zwingen, trotz der Neigungen, die sie trennen, sich gegenseitig zu helfen (Tocqueville 1835, 245).

Aus der Gleichheit der Masse und der politischen Freiheit, in einer Demokratie zu tun, was einem beliebt, entspringt die gefährliche Tendenz des Individualismus. Er ist „eine überlegte und friedliche Anschauung, die jeden Staatsbürger geneigt macht sich von der Masse zu isolieren und sich mit seiner Familie und seinen Freunden abseits zu halten; so überlässt er gern die große Gesellschaft sich selbst, nachdem er sich eine kleine Gesellschaft zum eigenen Gebrauch geschaffen hat“ (Tocqueville 1835, 238). Dieser Isolationismus mag angenehm sein, droht jedoch das soziale Band zu zerreißen. Der Einzelne ist nur mit sich selbst und seinen Nächsten beschäftigt und verliert (um es zeitgemäß zu formulieren) den emotionalen und intellektuellen Zugang zu dem, was man Gesellschaft nennen könnte.

Doch die erstaunliche Schlussfolgerung Tocquevilles lautet, dass es der amerikanischen Demokratie offenbar einigermaßen gelingt, nicht zwischen Massengesellschaft und Individualismus aufgegeben zu werden, sondern durch verschiedene Prozesse und Errungenschaften, die spezifisch amerikanisch zu sein scheinen, eine Art Gleichgewicht sowie die verbindenden Elemente der Gesellschaft zu bewahren. Die Demokratie ist für ihn eine unausweichliche Entwicklung, und den Amerikanern scheint es gelungen zu sein, ihre Gefahren zu bändigen.

„Der große Vorteil der Amerikaner besteht darin“, so Tocqueville, „dass sie die Demokratie erlangten, ohne demokratische Revolutionen durchmachen zu müssen, und dass sie als Gleiche geboren sind, statt es erst zu werden.“ (1835, 242). Die amerikanische Demokratie entstand auf pragmatische Weise, in einem Prozess der Aushandlung von Interessen, während in Europa der Anspruch auf Demokratie zunächst philosophisch begründet und dann in blutigen Revolutionen erkämpft werden musste; mit dem Ergebnis, dass die errungenen Rechte bald wieder in Despotie umschlugen (etwa im nachrevolutionären Frankreich). „In Amerika hat man demokratische Ideen und Leidenschaften; in Europa haben wir noch revolutionäre Leidenschaften und Ideen“ (1835, 289).

Paradigmatisch für das praxisgeleitete Demokratieverständnis der USA ist die Verdrängung des Tugendbegriffs durch den des Interesses. Während in Europa der Begriff einer aus der Vernunft abgeleiteten Tugend (etwa bei Kant) für jedes Konzept von Gesellschaft zentral war und den Glauben an eine öffentliche Vernunft verkörperte, so war in Amerika die Tugend von Anbeginn eine Sache der privaten Lebensführung und der Religion. In gesellschaftlichen und politischen Fragen ging es weniger darum, ob etwas „an sich“ gut und tugendhaft ist, sondern ob es für die Mehrheit nützlich und damit „für sich“ gut ist: „In den Vereinigten Staaten sagt man fast nie, die Tugend sei schön. Man behauptet, sie sei nützlich, und man beweist es täglich. (...) Die Amerikaner (...) deuten mit der Lehre vom wohlverstandenen Interesse fast alle Taten ihres Lebens; wohlgefällig zeigen sie, wie die aufgeklärte Eigenliebe sie ständig zu gegenseitigen Hilfeleistungen anspornt, wie sie ihretwegen dem Staat gern einen Teil ihrer Zeit und ihres Reichtums opfern“ (1835, 254-6). Und schließlich: „Das wohlverstandene Interesse ist keine hohe, aber eine klare und zuverlässige Lehre. Große Dinge erstrebt sie nicht; mühelos erreicht sie aber das erstrebte“ (1835, 256). Es geht darum, das Privatinteresse mit dem Allgemeinwohl abzugleichen und in Verhandlung zu bringen. Dass tugendhaftes Verhalten im privaten Lebensvollzug dabei die zugrunde liegende soziale Matrix ist, kann mit Blick auf die große Bedeutung von Religion in der amerikanischen Gesellschaft als unbestritten gelten.

Nach dem Urteil Tocquevilles ist die Demokratie in Amerika eine Gesellschaftsform, die sich einerseits von großer Tugendhaftigkeit, von geistiger Größe und von hehren gesellschaftlichen Idealen entfernt hat, die es andererseits aber geschafft hat, dem Großteil der Amerikaner inneren Frieden, politische Freiheit und materiellen Wohlstand zu sichern. Die Demokratie ist für ihn eine Art Stillstand bei äußerem Wachstum. Bei aller Anerkennung der Leistungen der amerikanischen Demokratie besteht die große Befürchtung Tocquevilles

dennoch darin, „dass die Menschheit sich zwar unaufhörlich bewegt, aber nicht mehr fortschreitet“ (1835, 298), sobald sie demokratisch geworden ist.

2.3 Der Pragmatismus als originär US-amerikanische Denktradition

Genau diese Befürchtung Tocquevilles trennt die europäische, idealistisch geprägte Denktradition vom pragmatischen Denken in den USA. Die praxisgeleitete Demokratisierung der USA führte zu einem anderen Erfahrungshorizont und damit zu anderen Denktraditionen als in Europa, obwohl die philosophischen Strömungen Europas und der USA natürlich eng in einander verzahnt sind.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Pragmatismus als eigenständige philosophische Disziplin, die auch erheblichen Einfluss auf das politische Denken in den USA gewann. Seine Hauptvertreter sind Charles S. Peirce, William James, George H. Mead und John Dewey. In der Gegenwart können als die bedeutendsten Vertreter des Neopragmatismus Hillary Putnam und Richard Rorty geltend gemacht werden.

Allen pragmatischen Denkern ist, wie Ludwig Nagl (1998, 7-8) ausführt, gemeinsam, dass ihre Lehre anti-fundamentalistisch ist. Es gibt für sie keine überhistorischen Wahrheiten, keine unhinterfragbaren Aprioris. Zweitens ist pragmatisches Denken anti-universalistisch und anti-deterministisch. Historische Entwicklungsprozesse enthalten keinerlei „Notwendigkeit“. Auch die Demokratie bleibt in ihrer Entwicklung einer prekären Kontingenz unterworfen. Drittens ist pragmatisches Denken pluralistisch – sowohl in politischer als auch in wissenschaftstheoretischer Hinsicht.

Für das politische Denken des heute wohl einflussreichsten Vertreters des Neopragmatismus, Richard Rorty, ist die provokante These kennzeichnend, dass es keine Möglichkeit gibt, die getrennten Sprachspiele des Privaten und des Öffentlichen zu überbrücken. „Wir müssen uns damit abfinden, die Forderungen nach Selbsterschaffung und nach Solidarität als gleichwertig aber für alle Zeit inkommensurabel zu betrachten“ (Rorty 1999, 14).

Damit wird jedoch die Ökonomie als die Schnittstelle zwischen den Sphären des Privaten und des Öffentlichen als unhinterfragbar dem Terrain des politischen Denkens entzogen: Es gibt nur die private (mithin ökonomische) Selbsterschaffung und die öffentliche (mithin ebenfalls ökonomische) Debatte über politische Gerechtigkeit. Politische Ökonomie als eine Untersuchung der Determinierung privater Lebensverhältnisse durch ökonomische Produktionsverhältnisse wird gänzlich verworfen. Dieser (traditionell europäische) Vorwurf an den (Neo)pragmatismus, auf dem linken Auge blind zu sein und einen abgehobenen, rein

gesellschaftspolitischen Liberalismus für eine begüterte Mittelschicht zu verkörpern, führt plastisch vor Augen, wie stark der Pragmatismus mit der amerikanischen Ideengeschichte und ihrer politischen Materialisierung verknüpft ist.

Wenn man heute von der „Amerikanisierung der Welt“ spricht, so ist damit also eine bestimmte Form einer liberalen, kapitalistisch organisierten Demokratisierung zu verstehen, deren Grundidee in der immerwährenden pragmatischen Aushandlung gesellschaftlicher Interessensgegensätze besteht, und die nur eine axiomatische Konstante kennt: das ewige Fortbestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung

3. Amerika als europäische Gegenwelt

Als Land, in dem die Nachfahren politischer Flüchtlinge die erste erfolgreiche Revolution durchführten, galt Amerika lange als Gegenentwurf zum alten Europa, als egalitäre Gesellschaft, die sich vom Fluch des Feudalismus befreit hatte und jedem, unabhängig von Herkunft oder Stand, die gleichen Aufstiegschancen bot. Die Vereinigten Staaten wurden so einerseits zur Hoffnung der Armen und Unterdrückten, denn „(j)e repressiver und rückständiger ein europäisches Regime war, desto zahlreicher wanderten seine Bürger in die USA aus.“ (Woeldike / von der Osten-Sacken 2003, S. 21) Andererseits wurde Amerika auch zum Hassobjekt der alten europäischen Eliten, die schon im 19. Jahrhundert in der Neuen Welt den Inbegriff einer Modernisierung sahen, der sie bedrohte. (ebd., S. 22)

Antiamerikanismus ist gerade heute enorm weit verbreitet, in allen Schichten und in allen gesellschaftlichen Lagern. Er ist in Deutschland und Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer allgemeinen Geisteshaltung geworden, einer "Mentalität", die den „Niedergang gewachsener und bewährter Werte und Traditionen“ beklagt (Diner 2002, S. 25) zu einem Reflex, einer "mentalen Chiffre" (ebd., S. 33). Und doch ist dieses Ressentiment nicht neu, war Amerika doch, so Dan Diner, schon von Anbeginn „Projektionsfläche für all jene Bilder und Metaphern, die der Entgegensetzung zu Europa entspringen.“ (ebd., S. 16) Diese Entgegensetzung meint nicht zuletzt die Verfasstheit der Demokratie in Amerika.

3.1 Tocqueville und die Demokratie in Amerika

Wie bereits ausgeführt wurde, entstand die amerikanische Demokratie, die damals ihre noch heute charakteristische Gestalt annahm, als Resultat pragmatischer politischer Prozesse, als das Werk von politischen Praktikern. Alexis de Tocqueville (1805-1859), geprägt von der Zeit der Nachwirren der Französischen Revolution, bereiste 1831-1832 die junge Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika. Auch wenn es ihm weniger um die Vereinigten Staaten als solche als um die Erforschung der demokratischen Lebensform gegangen war, so fand er hier doch das Land der Zukunft, den Inbegriff der Moderne. In Amerika lernte Tocqueville eine politische Ordnung kennen, die im Gegensatz zu Frankreich Demokratie und politische Freiheit vereinbart hat.

Zum Verständnis von Tocqueville und der Demokratie in Amerika ist es jedoch notwendig, einige seiner zentralen Begriffe näher zu beleuchten.

1. Der Begriff der „**Freiheit**“ bei Tocqueville meint nicht die Freiheit *von* etwas (im Sinne von „befreit sein“), sondern die Freiheit *zu* etwas. Das Leben in Freiheit ist für Tocqueville eine von der Verfassung und der Rechtsordnung garantierte Art der Lebensführung, die die Praxis des politischen Handelns in der Republik bzw. die mit der Freiheit verbundene Möglichkeit des Handelns. Freiheit ist die Freiheit, als politische Bürger zu handeln, das eigene Schicksal zu bestimmen und Neues zu beginnen.(Vgl. Hereth 2001, S. 23ff.)

2. Die Gefahr des „**Individualismus**“ (individualisme) ist gegeben, wenn alle Entscheidungskompetenzen in einer Zentrale zusammengefasst sind und sich die BürgerInnen auf ihre privaten Angelegenheiten zurück ziehen. Sie sind mit der Politik nur noch durch ihre Interessen verbunden, die sie an sie herantragen und einbringen. Für diesen Rückzug in die private Existenz führte Tocqueville den Terminus des „Individualismus“ (vgl. ebd., S. 85) ein. In ihm sieht er eine der großen Gefahren für die demokratische Gesellschaft, weswegen der gesellschaftlichen und politischen Verfassung eine besondere Bedeutung für den Erhalt der Freiheit zukommt indem den BürgerInnen durch die bestehenden Sitten und Gewohnheiten und den politischen Institutionen der Gebrauch der Freiheit gelehrt wird, sie ihre Vorteile erkennen und ihre Liebe zur Freiheit gefördert und gestärkt wird.

3. Die Verfassungsentwicklungen der modernen Nationalstaaten haben dafür gesorgt, dass jede Form praktischer, handlungsorientierter politischer Freiheit nicht zur täglichen Erfahrungswelt der BürgerInnen gehört. Sie finden die Freiheit des Handelns nicht erstrebenswert, da sie sie gar nicht kennen! Daher ist die **Nicht-Zentralisierung** für Tocqueville wesentliche Voraussetzung einer demokratischen Republik. Es geht um die lokale Erfahrungswelt, also weniger um Buchwissen als um die erlebte und gelebte bürgerliche Praxis des Mitwirkens, die „praktische Klugheit“ (ebd., S.65) gilt ihm als wichtigste Stütze der demokratischen Republik.

Die nicht-zentralisierte politische Ordnung, in der die politische Macht in der Gesellschaft verteilt ist, gewöhnt die BürgerInnen an den Gebrauch ihrer Freiheiten und erzieht sie so zur republikanischen Tugend der Verantwortlichkeit und der Teilnahme am Leben der Gemeinschaft. Dies sieht Tocqueville im Paradigma der USA verwirklicht.

3.2 Das Paradigma der USA

Die amerikanische Wirklichkeit, die Tocqueville auf seiner Reise vorfindet, dient ihm als Vorbild republikanischer politischer Ordnung und die sozio-politischen Strukturen gelten ihm beispielhaft für die Entwicklungstendenzen der egalitären Massengesellschaft und der modernen Demokratie generell. Den Amerikanern ist es nach Tocqueville gelungen, die Gefährdung der Freiheit in der Demokratie durch eine republikanische Verfassung abzuwehren.

Die Stabilität dieser jungen amerikanischen Republik sieht er besonders in den Sitten und Gewohnheiten der Amerikaner begründet. Die lokalen Einrichtungen der Gemeindefreiheit, der Vereinsfreiheit, der Geschworenengerichte und die Pressefreiheit prägen nach Tocqueville den freiheitlichen Geist der Amerikaner, die lokaler Politik der USA erzieht die BürgerInnen zur Freiheit da in den Gemeinden die Bürger in einer teilautonomen Republik zusammen wirken und ihre öffentlichen Angelegenheiten selbst regeln. So entstand eine politische Verhaltens- und Handlungskultur, die wichtiger für die Erhaltung der Vereinigten Staaten ist als alle institutionellen Regelungen der amerikanischen Verfassung.

Tocqueville unterscheidet zwei verschiedene Arten öffentlicher Angelegenheiten (vgl. ebd., S. 57):

1. jene, die allen Teilen der Nation gemeinsam sind, z.B. allgemeine Gesetze oder außenpolitische Angelegenheiten.

Die Zentralisierung dieser Angelegenheiten (Tocqueville nennt sie „Regierungszentralisierung“) hält er für wünschenswert.

2. jene, die nur für bestimmte Teile der Nation von Interesse sind, z.B. jene der Gemeinden.

Diese Dezentralisierung, diese kommunalen Institutionen, gehören für Tocqueville zu den Haupteigenarten der amerikanischen Union. Weil es keine zentrale Regierungskompetenz für lokale Angelegenheiten gibt, nehmen die US-Bürger ihre Probleme selbst in die Hand.⁷

⁷ An diesem Punkt ist auch die Liebe zum „Vaterland“ erklärbar, denn dieses ist ob dem weit verbreiteten politische Bewusstsein „vom Dorf bis zur ganzen Union ein Gegenstand liebevoller Sorge“ (ebd., S. 56)

3.3 Die Neue Welt als Projektionsfläche

Hatte sich in der Alten Welt der Staat schon früh zur Voraussetzung von Ordnung und Wohlfahrt erhoben und ging der bürgerlichen Gesellschaft gleichsam voraus, so war im Gegensatz dazu in den Vereinigten Staaten eine gegenläufige Entwicklung festzustellen:

Im Paradigma der US-Amerikanischen Republik ist die Macht nicht beim „Staat“ konzentriert, sondern sie ist im ganzen Land verteilt, sie liegt bei den BürgerInnen, sobald sie sich zum gemeinsamen Handeln zusammenschließen. Und dieses Konzept der Macht war und ist etwas qualitativ völlig anderes, als jenes, das aus der obrigkeitsstaatlichen Tradition Europas von einem Grossteil der modernen Sozialwissenschaften übernommen wurde (z.B. Hobbes; vgl. ebd. S. 60).

Was also Tocqueville schon 1835 in den USA frühzeitig erkannte, war für die EuropäerInnen fortwährend irritierend: ein Gemeinwesen als bloße Gesellschaft – ganz ohne Staat! Jene alles überwölbende Staatlichkeit, die Europas Geschichtsbewusstsein beflügelte und für Hegel die Inkarnation kultureller Überlegenheit darstellte, wurde von den AmerikanerInnen gering geschätzt. Dadurch waren sie jedoch verdammt, eben bloß „bürgerliche Gesellschaft“ und somit niederen Ranges zu sein. (Vgl. Diner 2002, S. 20)

Dabei war doch die USA immer eine Gesellschaft mit staatlicher Souveränität, auch hier ist der Staat dazu da, die Voraussetzungen der Akkumulation des Kapitals zu erhalten. Die antiamerikanische Projektion macht aus historisch gewordenen Unterschieden das Negative, das es abzuwehren gilt. (Vgl. Scheit 2003, S. 80f.) Amerika war und ist aus europäischer Perspektive immer das überhöhte Extrem dessen, wovon Europa sich - je nachdem - abzugrenzen sucht: von Freiheit, Modernität und Fortschritt einerseits, von Rückschritt, Nationalismus und Faschismus andererseits. (Vgl. Woeldike / von der Osten-Sacken 2003, S. 21)

„Die Wahrheit über Amerika ist das Geheimnis, das jeder kennt“ (ebd., S. 11). Das, was an den USA kritisiert wird, sind allgemeine Entwicklungstendenzen und Erscheinungen des Kapitalismus. Für sie werden aber die USA verantwortlich gemacht. Antiamerikanismus ist, so Diner, ein "ideologisch befrachteter Rationalisierungsversuch, die unübersichtlich gewordenen Lebenswirklichkeiten und Lebenswelten durch projektive Schuldzuweisung an den definitiv Anderen erträglicher zu machen." (Diner 2002, S.35f.) Das, was auch der eigene gesellschaftliche Zusammenhang zwangsläufig hervorbringt, wird abgespalten und auf die USA projiziert. Sie dienen so als "Projektionsfläche für die geschmähten und exorzierten

Anteile der Zivilisation" (ebd, S.36).

Auch wenn nicht alle kruden Äußerungen über die USA Ausdruck eines antiamerikanischen Ressentiments sind, so sollte es doch, um abschließend Max Horkheimer zu zitieren, „Recht und Pflicht jedes Denkenden“ sein, „[d]ie so genannte freie Welt an ihrem eigenen Begriff zu messen, kritisch zu ihr sich zu verhalten und dennoch zu ihren Ideen zu stehen, sie gegen Faschismus hitlerscher, stalinscher oder anderer Varianz zu verteidigen (...). Trotz dem verhängnisvollen Potential, trotz allem Unrecht im Inneren wie im Äußeren, bildet sie im Augenblick noch eine Insel, räumlich und zeitlich, deren Ende im Ozean der Gewaltherrschaft auch das Ende der Kultur bezeichnen würde, der die kritische Theorie noch angehört.“ (Horkheimer, zit. n. ebd., S.161)

4. Anti- US- amerikanische Haltungen als Konsequenz antimoderner Haltungen

4.1 Einleitung: Anti- US- Amerikanismus und Moderne

Dan Diner geht in seinem Buch „Feindbild Amerika – Über die Beständigkeit eines Ressentiments“ davon aus, dass weite Teile anti- US- amerikanistischer Haltungen auf „eine durch Angst bestimmte Reaktion auf die Moderne“ (Diner, Dan: 2003, S 8) zurückzuführen sind. Es handelte sich hierbei um die Reaktion des auf einer Traditionsgesellschaft beruhenden Europas auf die Etablierung der US- amerikanisch gefärbten Moderne in der so genannten „neuen Welt“. Da Europa am Beginn des 20. Jahrhunderts noch größtenteils von Monarchien regiert wurde, während sich die USA bereits auf eine demokratische Verfassung berief, sahen weite Teile des Adels aber auch des BürgerInnentums durch das Aufkommen dieser modernen Entwicklungen ihren gesellschaftlichen Status bedroht.

Diesem Zusammenstoß zweier Welten mit ihren unterschiedlichen Werten und Traditionen in der Rezeption der Moderne war eine konfliktreiche Geschichte von europäischen ImmigrantInnen in USA vorangegangen. Festzumachen war diese Verschiedenheit zuvor nicht nur in der Unterschiedlichkeit so genannter „europäischer“ und „US- amerikanischer“ Wertigkeiten, sondern auch zwischen der jeweiligen lokalen Bevölkerung und den immer wieder neuen ZuwandererInnen in Nordamerika. Bereits um 1400 trafen erste europäische SiedlerInnen und ForscherInnen über ihren Kontakt mit den „Native Americans“ unter anderem auf polytheistische Glaubensvorstellungen und Produktionskonzepte, die im Gegensatz zu dem in Europa verbreiteten Monotheismus und Verwertungsprozess von Land und Arbeit standen. Die „Gründungsväter“, die im 16. und 17. Jahrhundert die Kolonien in Nordamerika errichteten, welche später auch durch Etablierung von neuen, sich von europäischen partiell unterscheidenden Sitten, Gesetzen und Institutionen zur eigentlichen Gründung der Vereinigten Staaten führten, waren sowohl aus ihrem Interesse an ökonomischen Gewinnen, individueller Aufstiegschancen, als auch auf Grund ihrer religiösen Verfolgung in Europa in den neuen Kontinent ausgewandert. Die Motivationsgründe, in die künftigen Vereinigten Staaten auszuwandern, standen demnach in unmittelbarem Zusammenhang mit der politischen, ökonomischen und sozialen Situation ihrer Herkunftsländer. Auch die darauf folgenden Immigrationswellen in die USA von Menschen, die von den „individuellen Qualitäten“ in der neuen Welt Gebrauch machen wollten und zum Aufbau einer pluralistischen Gesellschaft beitrugen, sahen sich damit konfrontiert, eine gewisse Anpassungsfähigkeit für die „Anglo- American culture“ (Mauk, David/ Oakland,

John: 1997, S 60) und den damit verbunden Wertvorstellungen aufzuweisen. In Europa selbst brachte diese Entwicklung bereits zu diesem Zeitpunkt massive KritikerInnen der neuen Gesellschaft mit sich, als auch NeiderInnen jener Menschen, die von ihrer Auswanderung profitierten. (Vgl. Mauk, David/ Oakland, John: 1997, S 55ff.)

Am deutlichsten veranschaulicht sich diese „europäische“ Ablehnung der sich in den USA aufbauenden Gesellschaft und der damit verbunden Werte an den feindlichen Haltungen gegenüber der Moderne. Die wesentlichen Elemente der Moderne wie der Säkularisierung als Folge der Aufklärung, der Industrialisierung als Resultat der industriellen Revolution, sowie der unaufhaltbare Fortschrittsglaube sahen EuropäerInnen in Verbindung gebracht mit einem Verfall traditioneller Werte und Gesellschaftsstrukturen in der „amerikanische[n] Moderne als die modernste aller möglichen Variante“ (Diner, Dan: 2003, S 8) verwirklicht.

Diese, aus europäischer Sicht, „dunkle Seite“ der allgegenwärtigen Moderne wurde in dem Zusammenhang allein den USA zugewiesen und somit wurde sie für die Kehrseite moderner Entwicklung verantwortlich gemacht. Europa gegenübergestellt, dienen die Vereinigten Staaten seit diesem Zeitpunkt als Projektionsfläche all dessen, was als Europa entgegengesetzt interpretiert wird. Der heutige, insbesondere der europäische Anti- US- Amerikanismus muss unter diesem Hintergrund betrachtet werden, aus welchem sich aktuelle Argumentationen bzw. Reaktionsmuster erklären lassen. Unter anderem kann in diesem Zusammenhang angeführt werden, dass beispielsweise diverse Argumentationen „linker“ als auch rechter Gruppierungen darauf abzielen, die USA alleinig für den Kapitalismus verantwortlich zu machen.⁸

4.2 Massengesellschaft als Konstrukt der Moderne

Der Beginn der Moderne wird historisch unterschiedlich festgelegt. Während ihn manche HistorikerInnen 1789, in Zusammenhang mit der Französischen Revolution festmachen, verorten andere den Prozess der Entstehung der Moderne erst im 19.Jahrhundert.⁹

Die USA repräsentierten seit diesem Zeitpunkt die säkularisierte Moderne, sowohl in kultureller, als auch politischer und nicht zuletzt ökonomischer Hinsicht. Gleichzeitig galt die amerikanische Moderne auch als die modernste Variante, die sich in absehbarer Zeit, in irgendeiner Form durchsetzen würde. Ökonomisch standen sie für den zügellosen Kapitalismus, der durch die Industrielle Revolution forciert, den Übergang von der manuellen, handwerklichen Fertigung zur Massenproduktion durch Maschinen, ermöglichte

⁸ Vgl. beispielsweise <http://www.opentheory.org/krakenkritik/text.phtml?action=hide2> (07.01.05)

⁹ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Moderne> (06.01.05)

und damit auch die Ablösung der feudalen Gesellschaft mit sich brachte. Auf politischer Ebene vertraten die Vereinigten Staaten das egalitäre demokratische System, das zu einer Massengesellschaft führte, indem es die Massen in den Produktionsprozess und in weiterer Folge in den Repräsentationsprozess einbezog. Bis heute hat sich die bei den US-AmerikanerInnen weit verbreitete Annahme durchgesetzt, dass das Klassensystem, wie es aus Europa bekannt war, in den USA nicht existieren würde (Vgl. Pessen, Edward in Luedtke, Luther S.: 1992, S 362). Kulturell werden die Vereinigten Staaten bis heute mit „Massenkultur“ und „Kulturindustrie“ im Unterschied zur europäischen Hochkultur in Verbindung gebracht.

4.3 Antimoderne Haltungen im Antiamerikanismus

Als ProtagonistInnen USA- feindlicher Haltungen im alten Europa sind in erster Linie Angehörige der Aristokratie und des Adels zu nennen, da sich insbesondere diese Schichten von den Entwicklungen der Moderne bedroht sahen. Ähnliche Haltungen wurden aber auch vom BürgerInnentum aufgegriffen. Niedere soziale Schichten, Reservoir potentieller AuswandererInnen, hingegen sahen in den USA eine Perspektive aus den negativen Folgen der industriellen Revolution.

Im Mittelpunkt dieser USA- feindlichen Haltung stand die gesellschaftliche Strukturierung sowie die Etablierung neuer Werte in den USA wie das Prinzip der Gleichheit, der Freiheit und der Individualität. Diese Grundpfeiler der sich in den USA aufbauenden „new society and new polity“ (Glazer, Nathan in Luedtke, Luther S.: 1992, S 292) brachten nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika selbst sowohl KritikerInnen mit sich, als auch Menschen, die jene verteidigten. Im Folgenden soll kurz auf das Prinzip der Freiheit, aber insbesondere auf das Prinzip der Gleichheit eingegangen werden, da dieses unmittelbar an die Strukturierung der US- amerikanischen Gesellschaft anknüpft, welche als Inbegriff der durch die Moderne vorangetriebenen Entfremdung von europäischen Traditionen galt.

Das **Prinzip der Freiheit** sieht Diner (2003, S 18) als „eine räumlich verschobene Reaktion auf die Unfreiheit in Europa“. In Europa vom Adel und der Kirche lange Zeit unterdrückt, erfuhren die Massen in den Vereinigten Staaten einen Autoritätsverlust. Die Autorität im traditionellen Sinne wurde also im Zusammenhang mit der Unterwerfung von Rang und Stand unter die individuelle Freiheit, verworfen. In der Erwerbsgesellschaft zählte das Prinzip der Leistung, nicht das der Herkunft wie es in Europa oftmals der Fall gewesen war. Durch den Autoritätsverfall von gesellschaftlichen Kräften, deren Status auf ihre Herkunft

zurückzuführen ist, wurde bejammert und die Harmonie des Arrangements zwischen den Klassen als der Auflösung ausgesetzt betrachtet. Diese Tendenz der us-amerikanischen Gesellschaft in der Moderne lässt sich abermals auf die aus europäischer Sicht gefürchtete Vermassung der Gesellschaft zurückführen, in der Klassenunterschiede an Bedeutung verloren.

Den Kern der Kritik machte das **Prinzip der Gleichheit** aus, da von der Aristokratie eine „grenzenlose, bürgerliche Gesellschaft“ befürchtet wurde, die mit dem Verfall und der Zersetzung europäischer, ständisch gewachsenen Traditionen, Werten und gesellschaftlich etablierten Klassensystem einherging. Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in der US-amerikanischen Selbstwahrnehmung wieder. Woodrow Wilson betonte beispielsweise 1912, dass US-AmerikanerInnen in dem Glauben verfangen wären, dass „this is the country where there is no distinction of class, no distinction of social status“ (zit. nach Pessen, Edward in Luedtke, Luther S.: 1992, S 362). Tatsächlich schien sich die in den USA etablierende gesellschaftliche Strukturierung weder mit dem herkömmlichen Schema der Einteilung in drei Klassen, noch mit marxistischen Kategorien fassen zu lassen. Die gesellschaftliche Unterteilung, die sich eher entlang der Parameter Hautfarbe, Religion, Einkommen, Anstellung etc. vollzog, macht es vorerst schwer ein gemeinsames Bewusstsein bzw. eine Zugehörigkeit zu entwickeln (Vgl. Pessen, Edward in Luedtke, Luther S.: 1992, S 363).

Dennoch verloren Rang und Stand in diesem Zusammenhang an Bedeutung und die Legitimation der europäischen ständischen Existenz war nicht weiter gegeben gewesen. Im Gegenteil, diese Entwicklung bedeutete die Annullierung der tradierten Lebensformen des Adels und der Aristokratie. Das Fehlen von Rang und Stand in der skizzierten modernen Massengesellschaft hätte sich, der Meinung des Adels nach, auch auf Ethik, Moral, Religion und Arbeit ausgewirkt. Betont wurden in diesem Zusammenhang beispielsweise, dass es kann keinen „wahren Glaube“ geben könnte, wenn der gesellschaftliche Stand lediglich auf Erwerbstätigkeit zurückzuführen wäre oder, dass die Arbeit an ihrer traditionellen Bedeutung verloren hätte, da sie in den USA zur bloßen Tätigkeit, reinen Funktion geworden wäre. Auch die traditionelle Rolle der Frau wurde von jenen Ständen als gefährdet eingestuft, da sie durch ihre Gleichstellung mit dem Mann an ihrer „natürlichen Weiblichkeit“ verloren und somit auch Männer an seinem Stellenwert in der Gesellschaft einzubüßen hätten. Diese Argumentationsmuster reichten bis zur Betonung, dass US-amerikanische Männer Frauen nur begehren hätten können, nicht aber verehren, weil ihnen die höfische Tradition gefehlt hätte. Dass der Verfall der ständischen Werte auch in Europa, unabhängig von den Entwicklungen

in den USA weiter getragen wurde, schienen die die Angehörigen des Adels und der Aristokratie zu übersehen. (Vgl. Diner, Dan: 2003, S 8ff.)

Der Missmut des BürgerInnentums hingegen richtete sich gegen die in den USA vorangetriebene Gleichheit insofern, als dass sie zu einer Auflösung der Klassengrenzen bzw. -zugehörigkeiten führte. Konservative bis reaktionäre Kräfte witterten in dem Gleichheitsprinzip eine gesellschaftliche Degeneration und konnten in Form anti- US-amerikanischer Haltungen ihren Kulturpessimismus an den Tag tragen. Ebenso zogen in die USA emigrierte Menschen, die ihre individuellen Profitchancen nutzen wollten, unter dem BürgerInnentum Neid auf sich. Der US- amerikanischen ArbeiterInnenbewegung wurde oftmals nachgesagt, dass sie eine klassenlose Bewegung wäre, weil ihr dazu das nötige Klassenbewusstsein fehlen würde. Diese „Problematik“ glaubte auch Engels zu erkennen und widmete daher den US- amerikanischen ArbeiterInnen eine Schrift, in welcher er dazu aufrief, dass sich die Arbeitenden in den USA ihrer Klassenzugehörigkeit bewusst werden sollten, um auf diese Weise revolutionären Potential zu entwickeln (Vgl. Engels, Friedrich: 1892). Beiden Schichten gemein ist die Angst vor einer „Vermassung der Gesellschaft“, die in einer „unterschiedslosen und geschichtslosen Masse“ enden würde, in welcher kein Platz für die ständische Verankerung des Adels bzw. die Klassenzugehörigkeit des BürgerInnentums mehr gegeben wäre. (Dan, Diner: 2003, S 8 ff.)

4.4 Wahrnehmung der Massengesellschaft heute

Bis heute stützt sich in Europa ein weiter Teil der kollektiven Wahrnehmungen der US-amerikanischen Gesellschaft auf Stereotype, Vorurteile und Feindbilder, die sich über eine vorgeschobene „Kulturkritik“ auch an der Ablehnung der Massengesellschaft und der damit imaginierten Kulturlosigkeit festmachen. Die USA dient demnach weiterhin als Projektionsfläche der negativ wahrgenommenen Begleiterscheinungen des Kapitalismus. So sehen beispielsweise Alf Lüdtker, Ingo Marbolek und Adelheid von Saldern (1996) das deutsche USA- Bild nach wie vor von Stereotypen wie „Amerika - ein Land ohne Kultur“, „Übermacht amerikanischer Technik“ aber auch „Amerika - eine Massengesellschaft“ geprägt.

5. Europa nach dem II. Weltkrieg - Der Marshallplan

Aus der Sicht der Vereinigten Staaten von Amerika ist es wichtig gewesen Europa zu rekonstruieren und folglich ihre eigene „Moderne Demokratie“ zu installieren.

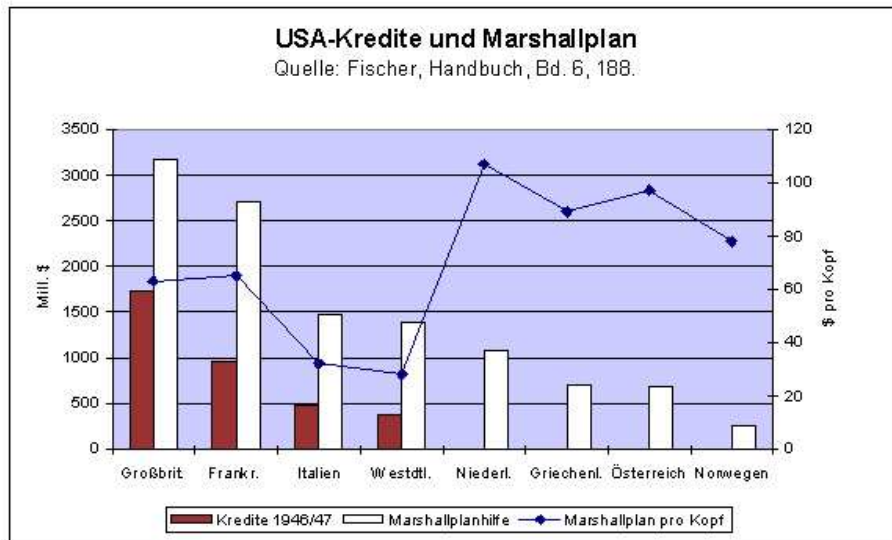
Die geschah unter anderem und vor allem mittels des Marshall-Plans. Das Programm des Marshall-Plans wurde nach dem Initiator dieses, George Marshall, benannt. Dieser war Außenminister der USA von 1947-1949 und erhielt für seine Idee 1953 den Friedensnobelpreis.



Im Rahmen des Europäischen Wiederaufbauprogramms ERP – European Reconstruction Program – gingen 13 Milliarden US-Dollar an insgesamt 16 europäische Länder.

„Das ERP soll den wirtschaftlich daniederliegenden Ländern Europas, auch den deutschen Besatzungszonen, wieder auf die Beine helfen und darüber hinaus auch eine Ausbreitung des Kommunismus verhindern. Einzige Voraussetzung für die Realisierung dieses so genannten Marshallplans ist, dass sich die europäischen Länder auf einen gemeinsamen Wirtschaftsplan einigen. An der Marshallplan-Konferenz im Juli 1947 in Paris nehmen 16 europäische Staaten teil. Die ebenfalls eingeladenen osteuropäischen Länder müssen ihre Teilnahme jedoch unter dem Druck der UdSSR absagen.“

(<http://www.dhm.de/lemo/html/Nachkriegsjahre/WiederaufbauUndWirtschaft/marshallPlanBoddy.html>)



Mittels des Marshallplans wurde nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Einflussosphäre gesichert.

Mittels der ECA, der Economic Cooperation Administration, wurde die österreichische Politik bei der Verwendung der Gelder beraten und somit auch kontrolliert.

Eine weitere Einrichtung war die Konstruktion des Counterpart Funds – Gegenwertmittel -: Österreich hat alle Dollar Zuteilungen als Geschenk erhalten. Wenn nun eine österreichische Firma Waren aus den USA bezog, hatte diese auf ein speziell eingerichtetes Konto zu bezahlen, welches der österreichischen Bundesregierung gehörte. Mit den Geldern von diesem Konto wurde die Währung stabilisiert und der Haushalt aufgebaut.

Johannes Schoiswohl schreibt dazu in seiner Diplomarbeit Der US-Amerikanische Einfluss im Alltag der Nachkriegszeit auf Seite 39:

„Außerordentliche Effizienz, wesentlich wirksamer als andere US-amerikanische oder internationale Hilfsprogramme, erzielte der Marshallplan nicht zuletzt durch die Konstruktion des „Counter-part-Funds“.“

Des Weiteren wurde durch das ERP eine Propaganda-Politik betrieben:

- Förderung öffentlicher Büchereien
- Organisation von Kulturprogrammen
- US-Studienreisen für Meinungsbildner (Multiplikator)

Außerdem wurde von dem ERP die ISB, die Information Service Branch, eingerichtet. Aufgabe dieses war es:

Kontrolle der Presse

Kontrolle der Nachrichtenagenturen

Kontrolle aller Publikationen und Buchveröffentlichungen

Kontrolle des Rundfunks - zu einem die Rawag, welche der Vorgänger des ORF war
- zum anderen die Schaffung eines neuen Senders, dem Radio Rot-Weiss-Rot, der unter vollständiger US-Kontrolle stand

Kontrolle de Films

Kontrolle des Schallplattengeschäfts

Kontrolle aller öffentlichen Veranstaltungen

Der ERP-Plan ebnete somit der Massengesellschaft den Weg. Der Autor Hans-Heinz Fabris schreibt dazu in seinem Buch Medienkultur in Österreich:

„Für die Entwicklung der II. Republik, für die besondere Richtung ihrer Modernisierung, dürfte dieser Einfluss eine überragende Rolle gespielt haben.“

.

.

6. Bibliographie

6.1 Literaturangaben

- Adorno, Theodor W. : Einleitung in die Soziologie / Theodor W. Adorno . - 1. Aufl. . - Frankfurt am Main : Suhrkamp , 2003
- Agnoli, Johannes : Subversive Theorie : "Die Sache selbst" und ihre Geschichte ; eine Berliner Vorlesung / Johannes Agnoli. Hrsg. von Christoph Hühne . - Freiburg : Ça-ira-Verl. , 1999
- Arendt, Hannah : Über die Revolution / Hannah Arendt . - Neuausg., 1. Aufl. . - München [u.a.] : Piper , 2000
- Diner, Dan : Feindbild Amerika : über die Beständigkeit eines Ressentiments , München : Propyläen-Verl. , 2003
- Engels, Friedrich : Die Lage der arbeitenden Klasse in England : nach eigener Anschauung und authentischen Quellen / von Friedrich Engels . - 2. durchges. Aufl. . - Stuttgart : Dietz , 1892
- Fabris, Hans Heinz [Hrsg.] : Medienkultur in Österreich : Film, Fotografie, Fernsehen und Video in der Zweiten Republik / Hans Heinz Fabris ... (Hg.) . - Wien ; Graz [u.a.] : Böhlau , 1988
- Fenske, Hans/Mertens, Dieter/Reinhard Wolfgang/Rosen, Klaus: Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main: Fischer , 1987
- Heideking, Jürgen : Geschichte der USA / Jürgen Heideking . - 2., überarb. und erw. Aufl. . - Tübingen [u.a.] : Francke , 1999
- Gruber, Alex/ Tobias Ofenbauer : Der Wert des Souveräns. Zur Staatskritik von Eugen Paschukanis, 2003, S.7-27
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt/Main, Fischer, 2001
- Hein-Kremer, Maritta : Die amerikanische Kulturoffensive 1945-1955, Köln, Böhlau-Verlag,1996
- Hereth, Michael : Alexis de Tocqueville : die Gefährdung der Freiheit in der Demokratie / Michael Hereth . - Stuttgart [u.a.] : Kohlhammer , 1991
- Hereth, Michael: Tocqueville zur Einführung. Hamburg, 2001
- Lüdtkke, Alf [Hrsg.] : Amerikanisierung : Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts / hrsg. von Alf Lüdtkke - Stuttgart : Steiner , 1996

- Luedtke, Luther S. [Hrsg.] : Making America : the society & culture of the United States / ed. by Luther S. Luedtke . - 1. [print.] . - Chapel Hill, NC [u.a.] : Univ. of North Carolina Press , 1992
- Marcuse, Herbert : Der eindimensionale Mensch : Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft / Herbert Marcuse. [Hrsg.: Heinz Maus ... Übers.: Alfred Schmidt] . - 4. Aufl. . - Neuwied ; Berlin : Luchterhand , 2004
- Marx, Karl Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx, Karl/Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Moskau, Bd.1, 1951: S.226-318
- Mauk, David : American civilization : an introduction / David Mauk and John Oakland . - 2. ed. . - London [u.a.] : Routledge , 1997
- Nagl, Ludwig : Pragmatismus / Ludwig Nagl . - Frankfurt, Main [u.a.] : Campus-Verl. , 1998
- Rorty, Richard : Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt/Main: Suhrkamp,1999
- Scheit, Gerhard: Monster und Köter, großer und kleiner Teufel. Thesen zum Verhältnis Antiamerikanismus und Antisemitismus. In: Woeldike, Andrea / von der Osten-Sacken, Thomas (Hg): Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt, Freiburg 2003
- Schoiswohl, Johannes: Der US-Amerikanische Einfluss im Alltag der Nachkriegszeit, Salzburg, 1990
- Tocqueville de; Alexis : Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart: Reclam 1998
- Wersich, Rüdiger Bernd [Hrsg.] : USA-Lexikon : Schlüsselbegriffe zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Geschichte und zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen / hrsg. von Rüdiger B. Wersich . - Berlin : Schmidt , 1995
- Woeldike, Andrea / von der Osten-Sacken, Thomas: >Altes Europa<, Neue Welt. In: Dies. (Hg): Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt, Freiburg 2003
- Woeldike, Andrea / von der Osten-Sacken, Thomas (Hg): Amerika. Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt, Freiburg 2003

6.2 Internetquellen

- <http://www.dhm.de/lemo/html/nachkriegsjahre/wiederaufbauundwirtschaft/marshallplanbody.html> (05.01.05)
- <http://viadrina.euv-frankfurt-o.de/~wsgn1/usakredite.jpg> (05.01.05)
- <http://www.opentheory.org/krakenkritik/text.phtml?action=hide2> (07.01.05)
- <http://de.wikipedia.org/wiki/Moderne> (06.01.05)
- The Declaration of Independence of the Thirteen Colonies, online unter:
<http://www.law.indiana.edu/uslawdocs/declaration.html> (26.12.2004)